

Endlich wissenschaftlich nachgewiesen: Die Hauptschule ist an Allem schuld

Peter Bender

In den letzten Monaten hat meine überregionale Tageszeitung „Frankfurter Rundschau“ (FR) drei interessante Studien in Form von Interviews bzw. Berichten vorgestellt. Alle drei prangern, durchaus nachvollziehbar, irgendwelche gesellschaftlichen Missstände an, und die Autoren bzw. Herausgeber versteigen sich jedes Mal direkt oder indirekt zu der Behauptung, dass die Hauptschule schuld sei, und suggerieren mehr oder weniger explizit, dass man zur Bekämpfung dieser Missstände vor allem die Hauptschule abschaffen müsse.

- 1 „Viele Hauptschüler sind krank.“ Interview der FR mit dem Berner Medizinsoziologen Matthias Richter am 28. 5. 2010

Matthias Richter war Leiter der Studie „Psychosoziale Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen: Die Bedeutung von Alter, Geschlecht und Schultyp“, die er zusammen mit V. Bohn und K. Rathmann in „Das Gesundheitswesen 2010; 72 (5): 293–300“ veröffentlichte.

Es wurden 4300 Schülerinnen & Schüler im Alter von elf bis 15 Jahren befragt. Es stellte sich heraus, dass die Jugendlichen in der Hauptschule sich weniger gesund fühlen als die im Gymnasium und Mädchen über alle Schulformen hinweg ihre Gesundheit deutlich schlechter einschätzen als Jungen.

Sowohl die Überschrift des Artikels, als auch der ganze Duktus des Interviews suggerieren, dass die Jugendlichen der Hauptschule weniger gesund seien (was ja gar nicht so unplausibel ist). Aber nicht der objektive Gesundheitszustand war untersucht worden, sondern die Selbsteinschätzung der Jugendlichen.

„An genau diesem Bild waren wir auch interessiert“, stellt Matthias Richter im Interview fest.

Natürlich weiß er, dass hier das ausschlaggebende Merkmal der familiäre Hintergrund ist. Aber da er nun einmal nicht nach diesem, sondern nach Schulformen differenziert hat, macht er die Hauptschule für seine Ergebnisse verantwortlich und fordert: „Unser unsägliches Schulsystem, das soziale Selektion noch verstärkt,

muss endlich erneuert werden. Wie, muss man sehen. Einige Bundesländer haben ja die Hauptschule endlich abgeschafft.“

Zunächst einmal ist zu fragen, wie er mit dem Befund umgeht, dass Mädchen sich wesentlich kränker fühlen als Jungen. Will er das weibliche Geschlecht (Gender) abschaffen?

Einen statistischen Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen feststellen, ist das Eine. Diesen Zusammenhang aufklären, ist etwas ganz Anderes, gerade auch bei dem weichen Datenmaterial, wie es der Studie zugrunde liegt. Und Vorschläge zur Verbesserung der Situation machen, ist ein Drittes, besonders wenn man damit die Grenzen des eigenen Forschungsbereichs überschreitet.

Wenn die Hauptschülerinnen & -schüler sich, statistisch gesehen, gesundheitlich schlechter fühlen als die Gymnasiastinnen & Gymnasiasten, dann bedeutet das noch lange nicht, dass daran die Hauptschule schuld ist. Das schlechtere Befinden könnte doch ganz andere Ursachen haben, z. B. in der Familie oder überhaupt im Alltagsleben der Hauptschülerinnen & -schüler liegend. Diese Ursachen würden durch den Besuch einer anderen Schulform nicht abgestellt. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Hauptschülerinnen & -schüler sich noch schlechter fühlen würden, wenn die Hauptschule mit ihren kleinen Klassen und passgenauen Curricula abgeschafft würde und sie in Einheitsschulen als die Doofen stigmatisiert würden.

- 2 „Antworte bitte im ganzen Satz!“ Interview der FR mit dem Berliner Berufsschullehrer Stephan Serin am 17. 9. 2010

In seinem Buch „Föhn mich nicht zu. Aus den Niederungen deutscher Klassenzimmer. Reinbek: Rowohlt 2010“ hat der Autor Stephan Serin den in vielen Schulklassen herrschenden schwer restringierten Sprachcode drastisch geschildert. Ein Beispiel: „Ermittelt bitte aus dem Text, was die Ursachen für den Aufstieg der NSDAP waren.“ – „Wasis ermitteln?“ – „Das heißt so viel wie rausholen. Informationen aus dem Text rausholen.“ – „Escht krass! Wieisch

Informationen aus Text holen. Habisch Schere? ... Nee!“

Am Schluss des Interviews fordert Stephan Serin wohlfeil „viel mehr individuelle Förderung“, ohne sich über die, insbesondere finanzielle, Realisierbarkeit Gedanken zu machen. Im diametralen Widerspruch dazu glaubt er außerdem, „dass wir eine richtige Gemeinschaftsschule von der ersten bis zur zehnten Klassen für alle brauchen“. Hier haben wir ihn wieder einmal, den Grundwiderspruch der Einheitschule und ihrer Apostel.

Tatsächlich fühlen sich z. B. viele Grundschullehrerinnen & -lehrer durch die trotz der Einheitsgrundschule bis zum 4. Schuljahr bereits weit divergierenden Leistungen, Haltungen und überhaupt Persönlichkeiten ihrer Schülerinnen & Schüler stark überfordert, und sie wären froh, wenn sie diese nicht alle zusammen in einer Klasse hätten. – Die ehemalige Vorsitzende des VBE-Bezirks Detmold, Barbara Hommel, wiederum meint: „Die meisten Grundschullehrer sind nicht glücklich damit, Schüler im Alter von neun oder zehn Jahren sortieren zu müssen“, und sie spricht sich für ein längeres gemeinsames Lernen nach der Grundschulzeit aus (so meine regionale Tageszeitung „Westfalenisches Volksblatt“ (WV) am 17. 11. 2010). – Es trifft bestimmt zu, dass die Grundschullehrerinnen & -lehrer die große Spreizung von Leistungen, Haltungen und Persönlichkeiten schon bis zum 4. Schuljahr nicht nur konstatieren, sondern auch bedauern; aber daraus lässt sich doch kein Plädoyer dafür ableiten, alle Kinder weiter gemeinsam zu unterrichten, – im Gegenteil!

- 3 „416 Morde weniger durch eine bessere Bildung“ Bericht in der FR am 10. 11. 2010 über die Studie „Unzureichende Bildung: Folgekosten durch Kriminalität“ des Frankfurter Ökonomen Horst Entorf und seines Mitarbeiters Philip Sieger im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung

1771 Häftlinge und 1193 Menschen ohne einschlägige Vorgeschichte wurden befragt, und es kam Folgendes heraus (S. 9f der Studie): Vorstrafe im Elternhaus, Scheidung/Trennung der Eltern, Konfessionslosigkeit, „Abbruch einer Ausbildung, ein fehlender Hauptschulabschluss sowie der Besuch der Hauptschule an sich spielen eine signifikante ... Rolle bei der Erklärung kriminellen Verhaltens“. Da man an den ersten drei der genannten Parameter kaum drehen kann (s. S. 10), wurde das Augenmerk der Untersuchung auf „unzureichende Bildung“ (= „kein Hauptschulabschluss“; s. S. 17f) gelegt, und da haben Entorf und Sieger „nachgewiesen“:

„Wäre es im Jahr 2009 gelungen, die unzureichende Bildung um 50 Prozent zu reduzieren, hätte es in Deutschland mindestens 416 Fälle von Mord und Totschlag, 13 415 Fälle von Raub und Erpressung sowie 318 307 Fälle von Diebstahl weniger geben können“, und „insgesamt [hätten] 1,42 Milliarden Euro an Kosten der Kriminalität ‚eingespart‘ werden können“ (S. 12). Dieses bizarre Zahlenwerk wird nicht angemessener, wenn die Zahlen in den Zeitungen auf „etwa 420“, „knapp 13 500“ und „fast 320 000“ gerundet werden.

Niemand wird bestreiten, dass eine Steigerung der Schulabschlussrate und in Verbindung damit die Steigerung der Berufstätigkeitsrate zu einem Sinken der Kriminalitätsrate führt. Ein wesentlicher Grund liegt auf der Hand: die Leute haben dann weniger Zeit, auf dumme Gedanken zu kommen. Auf S. 16 beschreiben die Autoren weitere Gründe. Aber die o. a. Zahlen auszurechnen und zu verbreiten, ist doch absurd, und wenn man noch so viele nationale und internationale Statistiken und raffinierte Methoden herangezogen hat.

Da nützt es auch nichts, wenn die Autoren im Anhang auf den Seiten 60 bis 63 eine kausale Abhängigkeit der Kriminalität von der „Bildungsvariablen“ (mit den Ausprägungen „un-/zureichende Bildung“) „nachweisen“, wonach sie sich legitimiert fühlen, einen funktionalen Zusammenhang im mathematischen Sinn zu unterstellen und die Funktionswerte genau auszurechnen. Diese vier Seiten sind ein Musterbeispiel einer unverständlichen Beschreibung statistischer Verfahren und Schlüsse (immer ein Indiz für unzulängliches Verständnis bei den Autoren selbst). Da werden Methoden aus ganz anderen Kontexten ohne Prüfung auf Angemessenheit übernommen; da bleiben die Variablen des familiären Hintergrunds und des Ausbildungsabbruchs außen vor; und es wird übersehen, dass es i. A. eine chronologische Abfolge von familiärem Hintergrund, unzureichender Bildung und Abgleiten in Kriminalität gibt, die bereits die Gerichtetheit des festgestellten statistischen Zusammenhangs weitgehend erklärt, zugleich aber auch Kriminalität vor unzureichender Bildung auftreten kann, wo ein kausaler Zusammenhang dann noch eher plausibel ist. Allerdings scheinen die Autoren erst dann von Kriminalität zu reden, wenn eine Inhaftierung (S. 60) erfolgt ist (gemäß ihrer o. a. Probandinnen- & Probanden-Auswahl). Dass eine kriminelle Disposition und kriminelles Verhalten schon lange vor einer Inhaftierung bestehen kann, insbesondere auch bei schulpflichtigen Jugendlichen, scheint in dieser Studie nicht in Betracht gezogen zu werden, wäre aber hoch-bedeutsam für das Kausalitätsgefüge.

Der letzte Absatz des „Kausalitätsnachweises“ ist es wert, wörtlich wiedergegeben zu werden (S. 62):

Es kann also geschlussfolgert werden, dass die *Nullhypothese* der Exogenität [der Bildungsvariablen gegenüber der Kriminalität] *nicht abgelehnt* werden kann. Für die Resultate der Probit-Schätzung in Tabelle 5 bedeutet dies, dass sie *als kausale Effekte interpretiert werden können*: Unzureichende Bildung *hat also tatsächlich einen Einfluss* auf Kriminalität und ist nicht lediglich mit Kriminalität korreliert. [Kursivsetzung von mir]

Das ist doch ein ganz esoterischer Kausalitätsbegriff, der mit der Realität aber auch gar nichts zu tun hat und insbesondere nicht die Berechnung der o. a. Zahlen in ihrer Scheingenauigkeit legitimiert, aber Überschriften wie in der Berner Zeitung (BZ) am 11. 11. 2010 nach sich zieht: „Bildung verhindert Morde – Eine Studie belegt den kausalen Zusammenhang zwischen Bildung und Kriminalität.“ – Gar nichts hat die Studie in dieser Beziehung belegt.

Den Autoren sei zugute gehalten, dass sie ihr Zahlenwerk überhaupt für legitimationsbedürftig halten. Zum einen ist ihnen der Kausalitätsnachweis offenbar wichtig, und zum anderen: „Ich könnte auf diese Eurobeträge gut verzichten“, sagte Wissenschaftler Entorf: „Aber Politiker kann man damit besser überzeugen“ (BZ). – Man muss sich aber doch nicht jedem Schwachsinn unterwerfen, den die Auftraggeberin einem zumutet!

„Einen Lösungsansatz“, so die BZ, „sieht der ehemalige Hamburger Wissenschaftssenator [und jetziges Mitglied des Vorstands der Bertelsmann-Stiftung Jörg Dräger] ... in einem Fokus auf das gemeinsame Lernen. Den Hebel müsse man bei Förder- und Brennpunktschulen ansetzen. ... Zahlreiche Studien hätten längst belegt, dass das gemeinsame Lernen stärkeren Schülern nicht schade, schwächeren aber helfe.“

Diese Behauptung wird durch ihre gebetsmühlenartige Wiederholung nicht wahrer. Bei meiner intensiven Suche ist mir noch keine seriöse solche Studie begegnet. Dagegen hat der langjährige Gesamtschullehrer Ulrich Sprenger vom „Arbeitskreis Schulformdebatte e.V.“ unter www.schulformdebatte.de viele Studien zusammengestellt, die nahelegen, „dass ein ‚längeres gemeinsames Lernen‘ sowohl für die leistungsstärkeren als auch für die leistungsschwächeren Schülerinnen & Schüler erhebliche Nachteile bringt“.

Zudem schafft man mit der Abschaffung der Hauptschule die Hauptschülerinnen & -schüler noch lange nicht ab, die aber nach wie vor kleine Klassen und passgenaue Curricula bräuchten. Horst Entorf sollte einmal untersuchen, wie weit das jahrelange Schlechtreden der Hauptschule durch interessierte Kreise die (von ihm statistisch festgestellte) Neigung der Hauptschülerinnen & -schüler zu Kriminalität befördert hat.

Derselbe Appell geht an Matthias Richter in Sachen „subjektives Wohlbefinden der Hauptschülerinnen & -schüler“.

4 Einige Bemerkungen zur Bertelsmann-Stiftung

In den *Mitteilungen der GDM* 89 (Juli 2010) habe ich schon einmal zwei fragwürdige Studien (von Klaus Klemm und Ludger Wößmann) besprochen, die im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung im Rahmen von deren Projekt „Investitionen in Bildung“ entstanden sind.

Wenn man wissen möchte, was „dieses steuerbegünstigte Privatinstitut“ (WV am 9. und 10. 8. 2010) Bertelsmann-Stiftung eigentlich will, sollte man das Buch „Bertelsmann-Republik Deutschland. Frankfurt: Campus 2010“ von Thomas Schuler lesen. Nach Schuler rückt der Medienkonzern „Bertelsmann“ mit Hilfe dieser Stiftung „ungeniert“ in die Nähe der Politik, und „die Studien dienen der Stiftung dazu, für ihre Arbeit Wissenschaftlichkeit in Anspruch zu nehmen und Ernst genommen zu werden“. – Vermutlich ist die Wahrheit komplexer. Mich würde nicht wundern, wenn da auch das Motiv im Spiel wäre, dass Jemand ausprobieren möchte, wie weit man gesellschafts- und bildungspolitischen Einfluss gewinnen kann, wenn man nur genug Geld einsetzt (wie der Multimillionär Dietmar Hopp mit seinem Spielzeug 1899 Hoffenheim im Fußball, selbstverständlich mit politisch korrekten Aktivitäten wie einer vorbildlichen Jugendarbeit, Förderung der Infrastruktur in Nord-Baden usw.).

Die Bertelsmann-Stiftung ist schon lange ein einflussreicher Motor bei der Plutokratisierung der Hochschulen und wendet sich augenscheinlich nun den Schulen zu. Die Kräfte, die sich diesem Trend entgegenstemmen, sind derzeit noch vereinzelt. Vielleicht kann die im Juni 2010 gegründete „Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.“ (www.bildung-wissen.eu) als Sammelbecken fungieren. Und ein spannendes Buch, in dem die aktuelle Misere der deutschen Universität treffend beschrieben ist, kann ich auch noch empfehlen: „Wir sind doch nicht blöd. Münster: Westfälisches Dampfboot 2010“ von dem Siegener Germanisten Clemens Knobloch.